Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis

Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 12 - R.-Mark. 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)

Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.

Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

قیمت بیرلی ۵ غروش

آبونه

داخلده : بر آیلیغه ۱,۷۵ ، اوچ آیلیغه ۴,۷۵ لیرا
آلتی آیلیغه ۸,۵۰ ، بر سنه‌سی ۱۵ لیرا

خارجده : بر آیلیغه ۵ ، اوچ آیلیغه ۱۲ مارک
آلتی آیلیغه ۲۵ ، بر سنه‌سی ۶۰ مارک

اعلانات

۱ نجی صحیفه‌ده سانتیمتری ۱۰۰ ، ۲ نجی صحیفه‌ده ۷۵
۳ نجی صحیفه‌ده ۶۰ ، ۴ نجی صحیفه‌ده ۳۰ غروش

اداره‌خانه : شیشهانه قراقول جوغو ، فونیقس بینا سی
تلغراف آدریسی : ترک پوست ، تلفون : پیرا ۱۷۳۳
پوسته قوتوسی : غلطه ۲۶۹

3. JAHRGANG NO. 228 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Sonntag, 19. August 1928

Organ der Deutsch - Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

آلمانیا بوکونلرده دکزه ایندیریلمش (آوروپا) (برمه‌ن) کیبریله دونیاده ۴ نجی تجارت دونانماسنه مالك اولیور .

استرمزمان عمومی حربدن بری فرانسه‌ده رسمی مراسمله قارشیلانان ایلك آلمان عثلی اولاجقدر .

سوویه‌تلر شهرینده نه‌قونو مناوله‌سنك امضالانماسی اوزرینه یکی یکی نمایشلر یاپیلیور .

Die deutsche Handelsflotte ist durch den Bau der «Europa» und der «Bremen» an die vierte Stelle in der Welthandelsschiffahrt aufgerückt.

Stresemann wird der erste deutsche Würdenträger seit dem Weltkrieg sein, dem in Frankreich ein offizieller Empfang bereitet wird.

In Sebenico fanden erneut Kundgebungen gegen die Ratifizierung der Nettunoverträge statt.

Griechische Wahlprognose.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post».)

Φ Athen 18. August.

Es ist ein undankbares Unternehmen, Wetter und Wahlergebnisse vorauszusagen. Jedenfalls dürfte bei den Wahlen am morgigen Tage Herr Weniselos keine derartige Niederlage wie 1920 erleben, im Gegenteil, es wird angenommen, dass er zwar als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird, aber nicht mit der Mehrheit, die zur Durchführung seines Programmes notwendig ist. Jedenfalls sind heute beide Parteien ihres Sieges gewiss. Für Weniselos spricht der Stimmenzuwachs durch die Flüchtlinge und die Tatsache, dass durch einen Sieg Weniselos' die Ruhe des Landes garantiert ist, was vielleicht manchen andersgesinnten Bürger bei ruhiger Ueberlegung veranlasst, der weniselistischen Partei seine Stimme zu geben. Die Volkspartei wiederum ist durch das Eintreten des bekannten Politikers und Rechtsgelehrten Herrn Georg von Streit in den Wahlkampf sichtlich gestärkt worden und der wenizelistischen Partei durch das Wirken Streits insofern im Vorteile, dass sie eine Einheitsfront gegen den Weniselismus schaffen konnte. Der weniselistischen Partei haben die Raubüberfälle in Epirus viel geschadet, die man auf Konto der Regierung Weniselos? setzt, während sich die Volkspartei durch ihre Vorschläge des «Fingereintauchens» und «Ausrasierens» im letzten Augenblicke in ein lächerliches Licht setzte, das nicht zur Erhöhung ihres Prestiges unter den Wählern beigetragen hat.

Gegen die Nettunokonvention.

Berlin, 18. August.

Aus Dolmatien werden weitere Kundgebungen gegen die Ratifizierung des Nettunovertrages gemeldet, so aus Senbenico, wo es zu schweren Zusammenstössen mit der Polizei und zahlreichen Verhaftungen kam.

Belgrad, 18. August (A.A.)

Aus Senbenico wird gemeldet, dass sich die antiitalienischen Kundgebungen gestern abend wiederholten. Sie dauerten mehrere Stunden bis in die späte Nacht hinein. Der Polizei gelang es endlich, die Demonstranten zu zerstreuen. Mehrere Polizisten und Demonstranten wurden verwundet. Zahlreiche Verhaftungen mussten vorgenommen werden.

Südslawien und Italien.

Belgrad, 18. August (A.A.)

In seiner Antwort auf die italienische Demarche zum Zwischenfall von Split erklärte der interimistische Aussenminister von Südslawien, dass er unverzüglich eine Untersuchung einleiten und Italien volle Genugtuung bieten werde.

Die polnische Antwort an Litauen.

Warschau, 18. August (A.A.)

Der Chef des Sekretariats des Aeusseren hat sich nach Kowno begeben, um Woldemaras die polnische Antwort zu überreichen.

Woldemaras lehnt die Konferenz ab.

Warschau, 17. Aug. (A.A.)

Woldemaras verwarf den politischen Vorschlag betreffend die Einberufung einer polnisch-litauischen Konferenz für den 30. August nach Genf unter dem Vorwande der Gleichartigkeit des Arbeitsprogrammes der gewünschten Konferenz in dieser Frage mit den Arbeiten des Völkerbundes.

Der Staatspräsident in Moda.

Wie wir bereits gestern mitteilten, hat der Staatspräsident vorgestern an der Regatta in Moda teilgenommen. Abends begab er sich in den Garten des Hotels Belle-Vue, wo er sich auch unter die Tanzenden mischte. Auf seinen Vorschlag legten einige junge Türkinnen ihr Kopftuch ab. Mit einigen Herren unterhielt er sich über die Lateinbuchstaben.

Gestern besuchte Ministerpräsident Ismet Pascha den Gasi im Präsidentschaftspalast.

Ankunft Tewfik Rüschdi Bejs.

Wir vernehmen, dass der türkische Aussenminister am 23. August in Konstantinopel eintreffen wird, von wo er nach einem kurzen Aufenthalt nach der Hauptstadt fahren wird.

Tewfik Rüschdi Bej in Budapest.

Budapest 17. Aug. (A.A.)

Während seines Aufenthaltes in Budapest gewährte der türkische Aussenminister Jewfik Rüschdi Bej mehreren ungarischen Journalisten Interviews, in denen er die friedliche Gesinnung der Türkei auf allen Gebieten ihrer internationalen Beziehungen hervorhob.

Er machte dem Korrespondenten der Zeitung «Budapesti Hirlap» die Erklärung, dass die Türkei keine territorialen Ziele verfolge. Denn, sagte er, alle gebietlichen Wünsche der Türken sind verwirklicht. Was die Türkei heute im Auge hat, ist Friede nach aussen und Ruhe und Fortschritt im Innern.

Dem Korrespondenten des «Pester Lloyd» bestätigte der türkische Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej:

«Mit dem Vertrag, den die Türkei mit Italien zu Verwirklichen verstand, stehen die gemeinsamen Beziehungen beider Länder noch fester und freundschaftlicher zu einander.

Für die den verschiedenen Fragen, die noch zwischen Griechenland und der Türkei schweben und zu deren Ausgleich der gegenseitige gute Wille nötig ist, besteht die Möglichkeit, zwischen den beiden Ländern ein Freundschaftsabkommen zustande bringen zu können.

Die Beziehungen der Türkei mit Ungarn sind die besten. Mein Besuch in Ungarn ist ein Zeichen der grossen Sympathien, die zwischen den beiden Ländern herrschen.»

Chinesischer Flottenbau.

London, 17. August (A.A.)

Der Korrespondent der «Daily Mail» in Schanghai berichtet, dass General Tschangkaischek der Nationalregierung den Bau einer Kriegsflotte von einer Tonnage von 600 000 t vorgeschlagen hat, um die derzeitigen überalterten Kriegsschiffe zu ersetzen. Das Flottenbauprogramm soll im Laufe von 10 Jahren durchgeführt werden. Der General erklärte den Marineoffizieren, dass die vollständige Emanzipation Chinas von seinem Aufschwung zu einer Grossmacht ersten Ranges abhänge, den es sich indessen nur auf Grund einer beachtenswerten Flotte erringen könne.

Das mexikanische Ministerium.

Berlin, 18. August.

Einer Meldung aus New York zufolge wurden Gouverneur Portez Gil zum mexikanischen Innenminister und Ipuig Casauranoat zum Handelsminister ernannt.

In Berlin wird der Abschluss des provisorischen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der Nanking-Regierung amtlich bestätigt. Beide Staaten verpflichten sich darin u. a., alsbald Verhandlungen über die endgültige Festlegung des Vertrages zu beginnen.

Der Regiegedanke in Belgien.

Berlin, 18. August.

Der belgische Ministerrat beschloss, das Telefon- und Telegrafenwesen ähnlich wie die Eisenbahn in Regie zu vergeben.

Die Unterzeichnungsfeierlichkeiten in Paris.

Paris, 18. August (A.A.)

Der Ministerrat, der am 23. August zusammentreten wird, wird die Einzelheiten der Zeremonien anlässlich der Unterzeichnung des Kelloggpaktes in Paris festlegen. Voraussichtlich wird Kellogg den Bevollmächtigten am 26. August ein Diner geben. Am Montag nachmittag wird die Unterzeichnung des Paktes im Quai d'Orsay vollzogen, anschliessend ein weiteres Empfangsessen. Am Montag den 28. wird des weiteren der Präsident der Republik Doumergue die Signatare im Schloss von Rambouillet empfangen, und hierauf einen öffentlichen Empfang im Rathaus veranstalten.

Bisher haben sämtliche eingeladenen Mächte ihre Delegierten bestimmt, mit Ausnahme von Polen und Italien.

Stresemann auf dem Wege nach Paris.

Berlin, 18. Aug.

Stresemann wird auf seiner Reise zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes nach Paris nur von seinem Privatsekretär, dem Konsul Bernhard und einem Attaché des Auswärtigen Amtes begleitet sein, da die Einladung rein persönlichen Charakter trägt.

Stresemanns Empfang in Paris.

London, 17. August (A.A.)

Aus Paris wird der «Daily Mail» geschrieben, dass Stresemann der sich zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes nach Paris begeben wird, der erste deutsche Würdenträger ist, dem seit Beendigung des Krieges ein offizieller Empfang in Frankreich zuteil wird. Es verlautet des weiteren, dass Stresemann mit Briand zahlreiche Fragen erörtern wird, so u.a. die der Rheinlandräumung, und dass er sich mit Kellogg über die Frage der deutschen Kriegsschulden unterhalten wird.

Poincaré hat eine dringliche Ministerratssitzung einberufen, um die Haltung Frankreichs in den angedeuteten Fragen festzulegen.

Vertiefung des Antikriegsgedankens.

Berlin, 18. August.

Coolidge wird demnächst in einer Botschaft dem amerikanischen Volke die Grundzüge des Kelloggpaktes klarlegen und die Amerikaner auffordern, sich den Gedanken des Paktes moralisch anzueignen.

Kellogg in Irland.

London, 18. August (A.A.)

Kellogg, der sich auf seiner Reise nach Paris befindet, wird wenige Tage in Europa verweilen. Er hat jedoch die Einladung Cosgraves, Dublin zu besuchen, angenommen.

Irlands Vertreter in Paris.

London, 18. August (A. A.)

Präsident Cosgrave hat sich entschlossen, sich zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes im Namen des Irländischen Freistaats nach Paris zu begeben.

Estland und Lettland zum Antikriegspakt.

Riga, 18. August (A. A.)

Die Aussenminister von Estland und Lettland haben beschlossen, eine gemeinsame Demarche zum Anschluss ihrer Länder an den Antikriegspakt nach seiner Unterzeichnung herauszugeben.

***

Die Anschlussfrage in Paris.

Paris, 18. Aug. (A.A.)

Der Senator Louis Martin setzte Briand davon in Kenntnis, dass er in der nächsten Sitzung eine Interpellation über die Anschlussfrage einbringen werde.

Amerika zum französisch-britischen Flottenabkommen.

Berlin, 18. August.

Nach dem «New-York Herald» wird Kellogg in Europa nicht nur den Kriegsächtungspakt zu unterzeichnen haben, sondern tatsächlich auch ein Memorandum mit sich führen, das sich mit dem französisch-britischen Flottenabkommen beschäftigt und besonders auf die Punkte eingeht, die Amerika hauptsächlich beunruhigen.

Vor den Parlamentswahlen in Griechenland.

Griechenland vor den Wahlen.

Athen, 18. August (A.A.)

Obwohl die Parlamentswahlen für morgen angesetzt sind, herrscht im ganzen Lande vollkommene Ruhe.

Ein Zusammenstoss im Wahlkampf.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Φ Athen, 18. August.

In Lewadia kam es zu Zusammenstössen zwischen Weniselisten und Volksparteilern. Die Polizei konnte die Ruhe wieder herstellen.

Sonderbare Methoden der Wahlkontrolle.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post.»)

Φ Athen, den 18. August.

Die Regierung Weniselos hat den Vorschlag der Opposition, dass die Wähler bei Ausübung ihrer Wahlpflicht einen Finger in eine chemische Lösung tauchen, die den Finger für einige Tage mit einer bestimmten Farbe färbt, abgeschlagen. Das Mittel sollt zur Kontrolle der Wahlen dienen und das doppelte und dreifache, mitunter vielfache Wählen ein und derselben Person verhindern. Daraufhin erschien wieder eine Abordung der Opposition bei Herrn Weniselos und verlangte, dass den Wählern am Arm eine Stelle —— ausrasiert werden solle, um so das Doppelwählen zu unterbinden. Herr Wedizelos hat natürlich diesen Vorschlag ebenfalls abgelehnt, der auch einen äusserst lächerlichen Eindruck machte und sicherlich der Opposition nur schaden dürfte.

Die neue Wahlkontrolle.

Berlin, 18. August.

Nach einer Meldung aus Athen ordnete der griechische Ministerrat an, dass bei den kommenden Parlamentswahlen jeder Wähler nach der Stimmabgabe seine Ausweispapiere und die Stimmkarte abgibt, um die Gefahr der Doppelwahlen zu vermindern.

Letzte Nachrichten

„Herman Köhl" freigegeben.

Berlin, 18. August.

Das bei Prag notgelandete und von den tschechoslowakischen Behörden beschlagnahmte deutsche Grossflugzeug «Hermann Köhl» wurde wieder freigegeben, weil das Flugzeug lediglich infolge Luftnot zur Sicherung seiner Passagiere den nächsten tschechischen Flughafen aufsuchen wollte.

Ein neuer Weltrekord im Dauerflug

London, 18. Aug. (A.A.)

Der Flieger Broad vollbrachte einen Dauerflug von 24 Stunden und brach damit den Weltrekord für Leichtflugzeuge, indem er den Rekord des Fliegers Hinkler um 13 Stunden überbot.

Frankreichs Teilnahme am interparlamentarischen Kongress.

Berlin, 18. August (A.A.)

30 französische Senatoren und Abgeordnete werden sich am Montag nach Berlin begeben, um der interparlamentarischen Konferenz in Berlin beizuwohnen.

Die britische Parlamentarierkonferenz in Kanada.

London, 18. Aug. (A.A.)

Eine Gruppe von Parlamentsmitgliedern des britischen Imperiums, an ihrer Spitze Lord Peel, hat sich heute morgen nach Kanada eingeschifft, um an den Arbeiten der Konferenz der parlamentarischen Vereinigung des Imperiums, die am 29. August eröffnet wird, teilzunehmen.

Aus Deutschland.

Deutschlands Handelsflotte.

Berlin, 17. August (A.A.)

Mit dem Stapellauf der «Europa» und der «Bremen» hat die deutsche Handelsflotte sowohl Frankreich wie Italien überflügelt und nimmt nunmehr die vierte Stelle in der Welthandelsschiffahrt ein.

Um den Panzerkreuzer.

Berlin, 18. August.

Der Bau des neuen Panzerkreuzers wurde den Kieler Deutschen Werken übertragen.

***

Der Parteiausschuss der sozialistischen Partei der Reichstagsfraktion trat am Sonnabend vormittag zu einer streng vertraulichen Aussprache über die Haltung der sozialistischen Kabinettsmitglieder in der Panzerkreuzerfrage zusammen. In einleitenden Worten legte Reichskanzler Müller dar, dass nach den früheren Beschlüssen des Reichstags und des Reichsrats der Bau nicht verhindert werden konnte, ohne die Gefahr eines Auseinanderfalls der jetzigen Regierungskoalition heraufzubeschwören. Wie verlautet, liegen im ganzen 70 Wortmeldungen vor. Bis in die späten Nachmittagstunden war noch keine Entscheidung gefallen.

Der Parteiausschuss und die Reichstagsfraktion sprachen in einer mit vier Fünftel Mehrheit angenommenem Entschliessung ihr Bedauern aus, dass die sozialdemokratischen Minister dem Kabinettsbeschluss zustimmten, ohne mit dem Parteiausschuss Fühlung zu nehmen.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung sei jedoch im Interesse der Arbeiterschaft so wichtig, dass trotz gegenteiliger Auffassung über die Kreuzerfrage nicht die Notwendigkeit abgeleitet wird, die sozialdemokratischen Minister zum Rücktritt aus dem Kabinett aufzufordern.

Meistbegünstigungsvertrag zwischen Nanking und Berlin.

Berlin, 18. August.

Dem «Daily Telegraph» zufolge wurde in Schanghai zwischen Deutschland und Nanking ein provisorisches Wirtschaftsabkommen auf der Basis der Meistbegünstigung unterzeichnet.

Kleine Nachrichten.

Eine Schachsensation in Kissingen.

In der 6. Runde des Kissinger Schachturniers erlitt Weltmeister Capablanca eine überraschende Niederlage gegen Spielmann.

Das Testament eines Deutsch-Amerikaners.

Der bei New-York kürzlich verstorbene *Deutsch-Amerikaner Hermann Rausch* hat dem Berliner Jugendamt etwa 500.000 Mk. hinterlassen.

Der Urlaub des Reichspräsidenten.

Der Reichspraesident ist aus Bremen auf dem Wege über München in Dietramszell eingetroffen, wo er, wie alljaehrlich, seinen Sommerurlaub verbringt.

Das Problem der Selbstverwaltung in Palästina.

(Von unserem Berichterstatter).

Jaffa, Anf. August.

Die Arabische Exekutive hat Lord Plumer einige Tage vor seiner Abreise eine an ihn gerichtete Denkschrift unterbreitet, in der die auf dem letzten arabischen Kongress beschlossene Forderung der Araber nach einer parlamentarischen Regierungsform nochmals ausführlich dargelegt und begründet wird.

Einleitend wird betont, dass die Exekutive nunmehr tatsächlich die arabische Bevölkerung Palästinas vertrete und von ihm (Lord Plumer), der bekanntlich die Verkörperung der militärischen Aufrichtigkeit sei, hoffe, dass er die arabischen Wünsche achte, sorgfältig prüfe und ohne Voreingenommenheit beurteile. Die Verfasser des Memorandums stellen dann fortfahrend fest, dass Palästina nie eine türkische Kolonie gewesen sei, sondern stets ein integrierender Teil des ottomanischen Reichs, und sogar unter der despotischen Herrschaft Sultan Hamids habe es seine Stadt und andere Verwaltungsräte selbst wählen dürfen. Diese Rechte seien 1908 durch die türkische Verfassung noch erweitert worden, indem Palästina seine eigenen Vertreter in das ottomanische Parlament entsenden durfte und an der Ausübung der gesetzgeberischen und ausführenden Gewalt beteiligt gewesen sei. Im Weltkriege hätten die Araber auf der Seite der Entente gestanden, weil sie glaubten, dadurch in die Lage zu kommen, die fundamentalen *Rechte der Selbstregierung in einem eigenen*, von anderen unabhaengigen Staate ausüben zu können, anstatt dessen sei ihnen aber absolute Fremdherrschaft aufgenoetigt worden. Auch als *in Palaestina i. J. 1920 die Zivilverwaltung* eingeführt worden sein, habe sich daran nichts geaendert. Die Araber Palaestinas konnten und wollten sich an der in der Verfassungsverordnung von 1922 vorgesehenen gesetzgebenden Koerperschaft nicht beteiligen, da diese nur zur Hälfte aus gewählten Mitgliedern bestehen sollte und ihnen darin weniger Rechte zugedacht waren als sie früher besessen hatten. Seither sei Palästina einer reinen Kolonialregierung unterworfen guwesen.

Die auffallendsten Merkmale der gegenwärtigen Regierungsform seien, dass die gesetzgeberichen und ausführenden Machtvollkommenheiten in einer Körperschaft vereinigt sind und dass in keiner Weise nach dem Prinzip «ohne Vertretung keine Besteuerung» verfahren werde. Es sei doch recht verwunderlich, dass gerade England, das die demokratischen Prinzipien in der ganzen Welt zur Geltung zu bringen suche, verfehle, sie in Palästina anzuwenden. Es sei nicht zu verstehen, warum ausgerechnet Palästina die Rechte vorenthalten werden sollen, deren sich Syrien, Mesopotamien und Transjordanien erfreuen, die keineswegs weiter fortgeschritten sind als Palästina und vor dem Kriege dem gleichen Staat angehörten.

Die Furcht, dass durch die Gewährung eines Parlaments an Palaestina die internationalen Verpflichtungen Englands beeinraechtigt würden, sei grundlos. Die Araber haetten die Juden noch *nie verfolgt—selbst unter der türkischen* Verwaltung nicht—sondern beide Rassen haetten gleiche Rechte besessen und friedlich nebeneinander gelebt. Diese Haltung der Araber werde sich nicht aendern, solange die Juden keine Schmaelerung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Araber planen. Es bestaenden auch keine Vertraege, die mit dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Einwohner Palaestinas und dem Verbot der Beeintraechtigung der Rechte eines Bevölkerungsteils durch einen anderen in Widerspruch stehen. Die Juden selbst seien falsch beraten gewesen, in solchen Massen in das kleine und arme Palaestina einzuwandern. Der Erfolg sei eine langwierige Wirtschaftsdepression und Not und Elend in weiten Kreisen der aermeren Juden.

Zum Schluss wird noch auf die passive Handelsbilanz Palaestinas und die Tatsache hingewiesen, dass der palaestinensische Steuerzahler im Durchschnitt jaehrlich 3 Ff. Steuern zu zahlen habe gegenüber ungefaehr die Haelfte dieser Summe die von den Bewohnern anderer nahöstlichen Staaten als Regierungsabgabe zu entrichten sei. Diese Tatsachen hautten die herrschende Wirtschaftskrise weiter verschaerft und die Lebenshaltungskosten, die viel höher seien als anderswo, in der Höhe gehalten.

Alle Araber Palaestinas litten sehr unter der absoluten Kolonialherrschaft und seien überzeugt dass England durch die Anwendung derselben in *Palaestina im 20. Jahrhundert, das das Jahrhundert* der Freiheit genannt werde, ein grosses und offenkundiges Unrecht begehe. Sie glaubten weiter, dass eine gründliche Aenderung der geschilderten Miss taende nicht erfolgen könne, solange das gegenwaertige Regierungssystem in Kraft bleibe. Lord Plumer moge die von arabischer Seite auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen und seinen hohen Einfluss geltend machen, indem er noch waehrend seiner kurzen Amtszeit die Ge